

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

man die XI. Novelle des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes. Es ist nicht unsere Absicht, daran eine heftige Kritik zu knüpfen, obwohl eine solche sicher am Platze wäre. Wenn man damit zum Ausdruck bringen wollte, daß man den Kriegsoffizieren helfen will, an eine ausreichende Hilfe aus finanziellen Gründen nicht schreiten konnte, so wollen wir diesen guten Willen der Regierung nicht negieren. Man muß aber begreifen, daß mit Novellierungen dieser Art das Problem einer ausreichenden Versorgung nicht einmal berührt wird.

Wir haben auch die Ueberzeugung, daß unsere Forderungen nach einer XI. Novelle des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes aus innerpolitischen Gründen nicht jene Aufmerksamkeit fanden, die sie im Interesse des Staates erfordert hätten. Die Regierung stand allzusehr unter dem Einflusse der Verfassungsreform. Der Streit um diese Verfassungsreform hat leider dazu geführt, daß die wirtschaftlichen und sozialen Fragen des öffentlichen Lebens vollständig in den Hintergrund gedrängt wurden und damit auch die Forderung nach einer Verbesserung des Invaliden-Entschädigungs-Gesetzes. Die politischen Fragen der Reform der Verfassung sind glücklicherweise einvernehmlich im Parlamente erledigt worden und wir freuen uns sicherlich dessen, weil wir Gegner jeder Gewaltanwendung sind. Nun aber ist es höchste Zeit, daß man den bisher zurückgestellten Problemen die vollste Aufmerksamkeit widmet. Wir haben in diesem kleinen Staate mit einer Arbeitslosenziffer zu rechnen, die drohend aufzeigt, daß dieses Land einer Katastrophe entgegengehen muß, wenn nicht alle verantwortungsvollen Menschen zusammenhelfen, diesem vor allem volkswirtschaftlichen Uebel zu steuern. Es ist Aufgabe und Pflicht einer verantwortungsbewußten Regierung, alles daranzusehen, um Arbeit und Brot zu schaffen. Die Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen leiden unter dieser Arbeitslosigkeit ganz entsetzlich, dies vor allem deswegen, weil es in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit unmöglich geworden ist, den Kriegsinvaliden Arbeit zu vermitteln, weil ja tausende und tausende gesunde, kräftige Menschen vorhanden sind, die den Mindererwerbssfähigen vorgezogen werden.

Bei diesem Anlasse muß auch festgestellt werden, daß es fast unmöglich geworden ist, Kriegsinvaliden im öffentlichen Dienste unterzubringen, weil die Konkurrenz in dieser Beziehung bis ins Unerträgliche gestiegen ist. Wenn es gilt, öffentliche Stellen zu besetzen, die von Kriegsinvaliden ohne weiters besetzt werden könnten, stoßt man immer auf die Tatsache, daß die sogenannten Militäranwärter eine überaus große Bevorzugung genießen. Dies verdient besonders deshalb angeführt zu werden, weil die Erbitterung über diese Zurücksetzung innerhalb der Kriegsoffizierschaft bereits großen Umfang angenommen hat. Sie können nicht verstehen, warum sie, die einstigen Helden des Vaterlandes und Beschützer der Heimat, gegenüber anderen derart zurückstehen müssen. Es ist notwendig, daß die Regierung auch diesen Erscheinungen jene Aufmerksamkeit schenkt, die ihr zukommt. Die Organisation wird nicht verabsäumen, diesbezüglich die notwendigen Schritte einzuleiten, um dieser ungleichen und ungerechten Behandlung entgegen zu treten und sie, so weit als möglich, abzustellen versuchen.

Wirkt die Tatsache, daß die Kriegsoffiziere in der Jetztzeit besonders schwer zu leiden haben und sie nicht jene Unterstützung finden, die sie mit Recht verlangen können, aufreizend, so noch mehr die Bestrebungen, die darauf hinzielen, den Kriegsbeschädigtenfonds zu zerstören. Wir sind der Meinung, daß diese für die Kriegsoffiziere so wichtige Frage in dem Sinne, wie man sie zu behandeln versucht, überhaupt nicht zur Diskussion gestellt werden darf. Der Kriegsbeschädigtenfonds, geschaffen, um die charitative Fürsorge nicht einzig und allein der privaten Wohl-

tätigkeit zu überlassen, ist ein für die Kriegsoffizierschaft unantastbares Gut. Wer versucht, hier gegen die Interessen der Kriegsoffizierschaft aufzutreten, dem muß von unserer Seite aus der schärfste Kampf angekündigt werden. Wir wissen, daß es nicht sehr leicht ist, hier auf gesetzlichem Wege ein Ergebnis zu Ungunsten der Kriegsoffizierschaft zu erzielen. Wir möchten aber schon von vornherein, ehe die Behandlung dieser Frage vielleicht größeren Umfang annimmt, warnen. Die Kriegsoffizierschaft soll wissen, daß sie wachsam sein muß, um alle Anschläge gegen ihre Lebensinteressen rechtzeitig abwehren zu können.

Ein großes Interesse bringen die Kriegsoffiziere den Verhandlungen im Haag entgegen, bei denen es sich vor allem um die finanzielle Liquidierung des Weltkrieges handelt. Dies vor allem deswegen, weil sie wissen, daß bei einem günstigen Ergebnis dieser Verhandlungen die Republik Oesterreich wieder mehr Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit erlangen wird. Wir haben die Hoffnung, daß, wenn diese Zeile unsere Leser erreichen, die Haager Verhandlungen einen für Oesterreich günstigen Ausgang genommen haben werden. Dann wird auch die Bahn frei für die Erlangung der so notwendigen Auslandsanleihe, die dieses Land notwendig braucht, um der Wirtschaft aufzuhelfen zu können. Dann wird aber auch gewiß der besetzte Staatshaushalt etwas mehr Bewegungsfreiheit bekommen und die Möglichkeit vorhanden sein, dem Problem der Fürsorge für die Kriegsoffiziere im Sinne der Wünsche der Kriegsoffizierschaft näher zu treten. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Regierung nicht auch andere Mittel und Wege hätte, den Forderungen und Wünschen der Kriegsoffiziere mit etwas mehr Aufmerksamkeit entgegenzukommen. Was aber vor allem notwendig ist, um in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Versorgung erreichen zu können, ist die innere Ruhe in diesem Lande. Wir wissen schon, daß die Gegensätze nicht mit irgend einem Machtwort aus der Welt zu schaffen sind und es wäre letzten Endes auch gar nicht im Interesse des Aufstieges der Menschheit gelegen, eine Uniformierung der verschiedenen Meinungen vornehmen zu wollen. Notwendig aber ist es, daß die parteipolitischen Kämpfe auf jenes Maß zurückgeführt werden, daß darunter Staat und Wirtschaft nicht zugrunde gehen. Wir Kriegsoffiziere sind daran interessiert, vor allem aus dem Grunde, weil wir wissen, daß nur dann die Aussicht auf eine Lösung unseres Problems vorhanden ist.

Aber noch aus einem anderen Grunde! Es sind der Opfer der Gewalt schon mehr als genug. Man sehe sich nur die verkrüppelten und von Kriegskrankheiten zerstörten Menschenleiber an, dann wird man ohneweiters unserer Auffassung beipflichten müssen, daß es ein Verbrechen wäre, politische Gegensätze auf dem Wege der Gewalt zur Austragung zu bringen. Die Kriegsoffiziere sind das mahnende Gewissen für die gesamte Öffentlichkeit und sie werden immer und jederzeit für eine friedliche Austragung der Gegensätze sein.

Unsere Arbeit in der nächsten Zukunft geht dahin, mitzuhelfen an dem Werke des Aufbaues unserer Wirtschaft, um so jene Voraussetzungen zu schaffen, die wir für unerlässlich halten, um zu unserem Ziele zu gelangen. Wir wollen der Regierung rechtzeitig die Möglichkeit geben, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die Forderungen, für die in allernächster Zeit der Kampf erneut einsetzen wird, erfüllen zu können.

**Gasthaus „zur Pfeife“, Linz, Herrenstraße**  
Herberge der Invaliden — Gute Küche.

Versammlung der Zahlstelle III.